

Niederschrift

über die Sitzung des Stadtrates - öffentlich -

Datum: 25.02.2015

Ort: Stadtverordnetensaal des Rathauses, Markt 1, 09111 Chemnitz

Zeit: 15:00 Uhr - 22:31 Uhr

Vorsitz: Frau Oberbürgermeisterin Barbara Ludwig

Beschlussfähigkeit

Soll:	61	Stadträtinnen/Stadträte und Oberbürgermeisterin
Ist:	58	Stadträtinnen/Stadträte und Oberbürgermeisterin

Anwesenheit

Entschuldigt

Herr Dr. Roland Katzer	Fraktion AfD	dienstlich
Herr Michael Walter	CDU-Ratsfraktion	dienstlich

Verspätetes Erscheinen

Herr Martin Kohlmann	Ratsfraktion PRO CHEMNITZ	15:12 Uhr; TOP 6.1; dienstlich
----------------------	---------------------------	-----------------------------------

Frühzeitiges Verlassen

Herr Axel Brückom	SPD-Fraktion	19:25 Uhr; TOP 6.5; persönlich
Herr René Deschner	CDU-Ratsfraktion	22:07 Uhr; TOP 6.6; persönlich
Herr Alexander Dierks	CDU-Ratsfraktion	22:07 Uhr; TOP 6.6; persönlich
Frau Katrin Köhler	fraktionslos	19:25 Uhr; TOP 6.5; dienstlich
Herr Falk Müller	Fraktion AfD	20:45 Uhr; TOP 6.5; persönlich
Herr Prof. Dr. Andreas Schmalfuß	FDP-Fraktion	17:30 Uhr; TOP 6.5; dienstlich
Frau Petra Zais	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	19:10 Uhr; TOP 6.5; dienstlich

Zeitweilige Abwesenheit

Herr Dr. Alexander Haentjens	CDU-Ratsfraktion	16:31 Uhr bis 20.22 Uhr abwesend; TOP 6.5; dienstlich
------------------------------	------------------	-------------------------------------------------------------

beratend Teilnehmende

Herr Berthold Brehm	Bürgermeister Dezernat 1	
Herr Philipp Rochold	Bürgermeister Dezernat 5	
Herr Miko Runkel	Bürgermeister Dezernat 3	
Herr Andreas Stoppke	Ortsvorsteher Klaffenbach	zeitweilig

Bedienstete der Stadtverwaltung

Frau Annekatriin Falk	Amtsleiterin Amt 14
Frau Beate Frech-Döring	amt. Amtsleiterin Amt 15
Frau Conny Frotzscher	amt. Abteilungsleiterin Abt. 15.4
Herr Bernd Gregorzyk	Amtsleiter Amt 66
Frau Angelika Härtel	Amtsleiterin Amt 20
Herr Albert Lonsdorfer	Amtsleiter Amt 30
Frau Verena Martin	Abteilungsleiterin Abt. 20.1
Frau Heike Richter-Beese	Leiterin Volkshochschule

Fraktionsangestellte

Herr Lutz Bartel	Fraktion AFD
Herr Andreas Bochmann	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Andreas Felber	Fraktion VOSI/PIRATEN
Herr André Horváth	SPD-Fraktion
Herr Eduard Jenke	Fraktion FDP
Herr René Mann	CDU-Ratsfraktion
Frau Anja Schale	Fraktion DIE LINKE

Schriftführerin

Frau Ramona Seidel	Sachbearbeiterin Abt. 15.4
--------------------	----------------------------

- 1 Eröffnung, Begrüßung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
-

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungs- und fristgemäße Ladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Feststellung der Tagesordnung
-

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig informiert, dass durch den Einreicher der Beschlussantrag BA-007/2015 (TOP 8.2) „Berichterstattung aus dem Lenkungsausschuss Asyl“ vertagt wurde.

Es liegen keine Anträge zur Änderung der Tagesordnung vor. Diese ist somit festgestellt.

- 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung des Stadtrates - öffentlich - vom 28.01.2015
-

Es liegt keine Einwendung zur Niederschrift vor. Die Niederschrift gilt somit als genehmigt.

- 4 Informationen der Oberbürgermeisterin
-

Es gibt keine Informationen.

5 Fraktionserklärungen aus aktuellem Anlass

Es gibt keine Fraktionserklärungen.

6 Beschlussvorlagen

- 6.1 Fortschreibung der Rahmenvereinbarung zur Kooperation zwischen der Stadt Chemnitz und der Technischen Universität Chemnitz
Vorlage: B-345/2014 Einreicher: Oberbürgermeisterin/00.1
-

Herr Stadtrat Sänger (Fraktion AfD) zeigt seine Befangenheit nach § 20 SächsGemO an und verlässt für diese Vorlage den Sitzungsbereich.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig informiert, dass sich in der Fraktionsvorsitzendenberatung zum Rederecht des Rektors Herrn Prof. van Zyl verständigt wurde. Sie führt in die Beschlussvorlage ein und erinnert an die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Stadt Chemnitz und der Technischen Universität. Sie stellt fest, dass es sich um eine beispielhafte Zusammenarbeit handle.

Herr Prof. van Zyl führt aus, dass sich an der Universität weltweit mit Wissen und Wissensübertragung beschäftigt werde. Er sagt, dass der Mehrwert der Universitäten in der Gesellschaft unter Anwendung von Wissen unter Beweis gestellt werde. Diese Aufgabe werde immer relevanter, da durch die Anwendung von Wissen die Welt verstanden und verändert werden könne. In diesem Sinne sehe er die Technische Universität als Wissenspartner für Wertschöpfung. Die Kooperationsvereinbarung biete dafür einen ziemlich einzigartigen Rahmen. Er geht auf einige Aspekte der Vereinbarung ein und stellt abschließend fest, dass mit solch einer Vereinbarung wirtschaftlich, kulturell und auch gesellschaftlich ein Beitrag geleistet werden könne.

Beschluss B-345/2014

Der Stadtrat beschließt, die erfolgreiche Kooperation zwischen der Stadt Chemnitz und der Technischen Universität, entsprechend der fortgeschriebenen Rahmenvereinbarung, zu bekräftigen und weiter zu entwickeln.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(57 Ja-Stimmen)**

- 6.2 Bestellung der Stellvertreterin des Betriebsleiters für den Eigenbetrieb "Das TIETZ" der Stadt Chemnitz
Vorlage: B-049/2015 Einreicher: Dezernat 1/Amt 20
-

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Beschluss B-049/2015

Der Stadtrat der Stadt Chemnitz ermächtigt die Oberbürgermeisterin, als Stellvertreterin des Betriebsleiters des Eigenbetriebes „Das TIETZ“ der Stadt Chemnitz Frau Heike Richter-Beese befristet bis zum 30.06.2015 zu bestellen.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(52 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen,
3 Stimmenthaltungen)**

- 6.3 Änderungen zum Terminplan für die Sitzungen des Stadtrates und seiner Ausschüsse für das Jahr 2015
Vorlage: B-055/2015 Einreicher: Oberbürgermeisterin/Amt 15
-

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Beschluss B-055/2015

Der Stadtrat beschließt die Änderungen zum Terminplan für eine Sitzung des Stadtrates und die Sitzungen des Kulturausschusses sowie des Schul- und Sportausschusses für das Jahr 2015 entsprechend Anlage 3 der Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(54 Ja-Stimmen, 3 Stimmenthaltungen)**

- 6.4 Annahme von Spenden
Vorlage: B-050/2015 Einreicher: Dezernat 1/Amt 21
-

Zur Vorlage wurde eine Änderung der Verwaltung ausgereicht.

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Beschluss B-050/2015

Der Stadtrat der Stadt Chemnitz beschließt die Annahme der angebotenen Spenden gemäß Anlage 3 dieser Vorlage.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(56 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)**

- 6.5 Haushaltssatzung der Stadt Chemnitz für das Haushaltsjahr 2015
Vorlage: B-044/2015 Einreicher: Dezernat 1/Amt 20
-

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig informiert, dass zur Beschlussvorlage zwei Änderungen der Verwaltung, eine zusammengefasste Liste der Verwaltung zu den Änderungsanträgen der Fraktionen, Stellungnahmen aller Ortschaftsräte sowie eine Einwendung zum Haushaltsplanentwurf und eine Stellungnahme der Verwaltung hierzu ausgereicht wurden.

Der Haushaltsplanentwurf wurde in allen beschließenden Fachausschüssen beraten und es erfolgte die Anhörung aller Ortschaftsräte zu den ortschaftsbezogenen Haushaltsansätzen.

In der Zeit vom 04.12.2014 bis 12.12.2014 fand die öffentliche Auslegung des Entwurfs der Haushaltssatzung statt. Es gab im Rahmen der Auslegung eine Einsichtnahme.

Die Frist für Einwendungen von Bürgern und Abgabepflichtigen endete am 23.12.2014. Es gab eine Einwendung.

Stellungnahmen der Fraktionen zur Haushaltssatzung

Herr Stadtrat Fritzsche (CDU-Ratsfraktion) führt unter anderem aus, dass seine Fraktion einen Änderungsantrag zur Aufstellung eines Nachtragshaushaltes eingebracht habe und begründet diesen. Als weiteres wichtiges Thema fordere die CDU-Ratsfraktion die konsequente Umsetzung des Verwaltungs- und Strukturkonzeptes, um mittel- und langfristig die Verwaltungskosten im Griff zu behalten. Hier werde von der Oberbürgermeisterin in den nächsten Monaten der Beginn der Diskussion um die zukünftigen Aufgaben der Stadtverwaltung unter Einbeziehung der Chemnitzer erwartet. Seine Fraktion bringe als weiteren Vorschlag die frühestmögliche Einführung des Doppelhaushaltes für Chemnitz ein. Die Sicherung der Eigenmittel für Landesprogramme zur Förderung von Kindertageseinrichtungen und Schulen stehe für seine Fraktion an vorderster Stelle. Gemeinsam mit der FDP-Fraktion sei man sich darüber hinaus einig, sich für Außenanlagen und Spielgeräte in Kindertagesstätten einzusetzen. Die ehrenamtlichen Tätigkeiten in den Jugendfeuerwehren solle durch einen deutlich höheren Betrag gefördert werden und das Feuerwehr- und Katastrophenschutzzentrum solle endlich auf den Weg gebracht werden. Dringende notwendige Maßnahmen im Bereich der Infrastruktur wurden ebenfalls als Änderungsanträge eingebracht genauso wie Anregungen der Ortschaftsräte.

Abschließend macht er Ausführungen zur Koalition der SPD-Fraktion, Fraktion DIE LINKE und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und denkt, dass es mit diesem BÜNDNIS um die Besetzung der Dezernate im Sommer dieses Jahres gehe.

Frau Stadträtin Schaper (Fraktion DIE LINKE) erklärt, dass ihre Fraktion versucht habe den Gestaltungsspielraum fraktionsübergreifend auszuschöpfen. Sie sagt, dass eine vorausschauende und planbare Haushaltspolitik auf kommunaler Ebene durch den Freistaat erschwert werde. Hierbei geht sie auf Vereinbarungen des Koalitionsvertrages ein. Ihre Fraktion unterstütze die Forderung des Sächsischen Städte- und Gemeindetages nach Auflage einer Investitionspauschale. Sie sagt, dass eine verlässliche Planung Grundlage für die Personalentwicklung sei. Sie mahnt wiederholt Strategien hierfür an. So dürften Personalmittel nicht als Deckungsquelle benannt werden, sondern müssten eigentlich aufgestockt werden. Sie stellt fest, dass die Stadt Nachholebedarf beim Thema Schulen habe und deshalb für ihre Fraktion unverständlich sei, warum die Schulnetzplanung erst nach der Haushaltsberatung kommt, da sie Grundlage für weitere Investitionen sei. Sie sagt, dass diese mehrfach beim zuständigen Bürgermeister angemahnt wurden. Sie gehe davon aus, dass der zuständige Bürgermeister zeitnah mitteilen werde, wie auf den Bedarf und ohne Verzug geplant und gebaut werden könne. Zum Thema Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit führt sie aus, dass sich dies nicht nur im Abbau von Schulden zeige, sondern auch am Zustand der für die Daseinsfürsorge erforderlichen Infrastruktur. Unter diesem Gesichtspunkt stelle sich die Frage, inwieweit zugunsten von notwendigen Investitionen in die Infrastruktur das Tempo des Abbaus der Verschuldung in den nächsten vier Jahren gedrosselt werden solle. Ein notwendiger Schritt in Richtung Abbau des Sanierungsstaus sei ihr Änderungsantrag zu zusätzlichen Planungsmitteln für Ingenieurbauwerke. Eine weitere haushaltspolitische Baustelle sei für ihre Fraktion der Öffentliche Personennahverkehr. Im Zusammenhang mit dem Nahverkehrskonzept müssen Lösungen gesucht werden, die auch in der Frage der Finanzierung münden. Abschließend sagt sie, dass die Fraktion DIE LINKE gemeinsam mit der SPD-Fraktion und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemeinsame Änderungsanträge eingebracht haben. Diese zielen darauf ab, wichtige Angebote für Kinder, Jugendliche und Senioren im Kultur-, Sozial- und Gesundheitsbereich zu erhalten und zu verbessern.

Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion) sagt, dass ein Grund für den ausgeglichenen Haushalt die sehr gute wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Chemnitz sei. Dies mache die Stadt unabhängiger von Zuweisungen. Die derzeit wichtigste Herausforderung für die Stadt sei die erfolgreiche Integration von Flüchtlingen und Migranten wofür sowohl Chemnitz als auch Land und Bund Verantwortung tragen. Gemeinsam mit der Fraktion DIE LINKE und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schlage seine Fraktion durch Änderungsantrag vor, die Mittel für Schul- und Sozialarbeit weiter zu erhöhen. Somit sollen Angebote insbesondere an den Schulen ausgebaut werden, an denen verstärkt Kinder aus Migrantenfamilien unterrichtet werden. Da der wichtigste Schlüssel für Verständnis eine gemeinsame Sprache sei, soll mit einem weiteren Änderungsantrag ein Modellprojekt zur Sprachförderung in Kindertagesstätten und Horten installiert werden. Weitere Herausforderungen werden im Bildungsbereich gesehen. Allerdings scheitern hierbei neue Projekte durch fehlenden Planungsvorlauf, so z. B. bei der Schulnetzplanung wo klare Aussagen zum Bedarf fehlen. Dies liege daran, dass bis heute noch keine Schulnetzplanung vorliege. Er kritisiert in diesem Zusammenhang Herrn Bürgermeister Rochold und weist ihn darauf hin, dass er beweisen solle, dass die Wahl seiner Person richtig war. Die Kritik zur fehlenden Planung gelte auch für den Sportbereich. Die Vorlage der Sportentwicklungsplanung wurde nicht fristgerecht vorgelegt, was die Stadtratsmitglieder nicht im Fachausschuss, sondern erst auf Nachfrage erfahren haben. Somit fehlen auch hier belastbare Aussagen wo Bedarf bestehe und mögliche Mittel könnten dementsprechend nicht eingesetzt werden. Als negatives Beispiel für eine fehlende Gesamtkonzeption benennt er das Stadtbad. Ein weiteres Thema sei die weitere Verbesserung des ÖPNV, wozu ebenfalls ein Änderungsantrag eingereicht wurde. Neben dem Nahverkehr spiele der Brand- und Katastrophenschutz eine wichtige Rolle in Chemnitz, weshalb ein Antrag für ein Ausbildungs- und Katastrophenschutzzentrum eingebracht wurde.

Abschließend äußert er sich zu den zusätzlichen 3,5 Mio. € verfügbarer Mittel des Landes, welche allerdings nicht tatsächlich verfügbar seien, sondern lediglich das geplante Defizit von ursprünglich 4 Mio. € auf etwas weniger als 1 Mio. € senke. Daher sei die Stadt gut beraten dieses Geld nicht gleich für neue Wünsche auszugeben und seine Fraktion werde entsprechende Änderungsanträge mit dieser Deckungsquelle nicht zustimmen. Von der Verwaltung erwarte seine Fraktion zeitnahe Aussagen zur sinnvollen Mittelverwendung. Zur Finanzierung der vorgeschlagenen Änderung informiert er, dass bis auf die zusätzlichen Mittel aus der Jugendpauschale alle Änderungen durch Einsparungen und Umschichtungen umgesetzt werden sollen, insbesondere durch Einsparungen bei Zinsausgaben. Dabei sei besonders wichtig, dass für diese Änderungsanträge keine Steuern oder Gebühren erhöht werden müssen.

Frau Stadträtin Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erklärt, dass die Finanzierung künftiger Vorhaben im ÖPNV ihre Fraktion veranlasst habe, den Versuch einzugehen gemeinsame Änderungsanträgen mit der Fraktion DIE LINKE und SPD-Fraktion einzubringen. Für ihre Fraktion seien darüber hinaus zwei Themen wichtig, so sei dies die Frage, wie realistisch die heutige Haushaltsaufstellung ohne Jahresabschluss über das Jahr 2011 sei. Seit 2011 habe es Entwicklungen gegeben, die es für eine belastbare Haushaltsplanung unabdingbar machen, dass realistische Angaben zu den Einnahmen und Ausgaben vorliegen. Hier nennt sie als Beispiel die Umstellung auf die Doppik und die darauf folgenden Sparkonzepte. Ergebnis des Verwaltungs- und Strukturkonzeptes war es, dass einige Ämter am Rande der Handlungsfähigkeit, die Personalausstattung betreffend, agierten, Pflichtaufgaben nicht mehr in guten Umfang erfüllt werden konnten und sinnlose

Beschlüsse gefasst wurden. Auch kam es zur Erhöhung der Grundsteuer, Einschränkungen bei öffentlichen Leistungen, Erhöhung von Gebühren und Abbau sozialer Infrastruktur. Bereits 2013 zeichnete sich deutlich ab, dass sich die finanzielle Situation der Stadt anders darstelle als angenommen. Dies stelle für ihre Fraktion die Frage, ob und in welchem Umfang 2015 tatsächlich eine Neuverschuldung stattfinden müsse. Sie kritisiert, dass sich ergebende Haushaltsspielräume so nicht nur für das Verteilen, sondern auch für das Setzen von Schwerpunkten nicht genutzt werden konnten. Sie stellt fest, dass es bei den übertragenen Pflichtaufgaben in den vergangenen Jahren zu höheren Ausgaben kam und dass sich dies mittel- und langfristig fortsetzen werde. So z. B. durch die Unterbringung von Asylsuchenden und die Absicherung der sozialen Hilfen. Ihre Fraktion fordere mit Nachdruck, dass der Jahresabschluss für 2011 schnellstmöglich vorgelegt werden müsse und die Arbeit an den folgenden Jahresabschlüssen zu beschleunigen sei. Sie bittet die Oberbürgermeisterin ihrer Verantwortung in diesem Sinne gerecht zu werden. Die zweite zentrale Frage sei, inwiefern der Haushalt widerspiegle, welche Anstrengungen die Stadt unternehme, um für die öffentliche Daseinsfürsorge Aufgaben zu erfüllen und zugleich im Freiwilligen Bereich den Erwartungen der Bürger zu entsprechen. Nach Auffassung ihrer Fraktion sei dies ungenügend. Sie kritisiert auch, dass der ÖPNV ungenügend im Haushalt berücksichtigt werde. Aus Sicht ihrer Fraktion werde hier dringend eine Trendwende benötigt, was nicht ohne zusätzliche finanzielle Mittel umzusetzen sei. Abschließend erklärt sie, dass auch bei den Städtischen Theatern großer Nachholebedarf bestehe und der Investitionsrückstau aus den Augen geraten sei. Ihre Fraktion fordere und gehe davon aus, dass anstehende dringende Investitionen in den Kultur- und Sportbereich erfolgen.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP) führt aus, dass die Kooperationsvereinbarung mit der TU ein guter Schritt für Chemnitz sei.

Zum Haushalt kritisiert er, dass die tatsächlichen Zahlen immer stark verzögert geliefert werden, so solle eben der Jahresabschluss von 2011 erst im Mai 2015 vorgelegt werden. Daher sei der Änderungsantrag zum Nachtragshaushalt mehr als berechtigt. Er erinnert, dass seine Fraktion seit Jahren für eine stärkere Beachtung der Themen Wirtschaft und Arbeit antrete, da diese im Stadtrat völlig unterbesetzt seien. Seine Fraktion wünsche einen Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit und trete dafür ein, dass auch bei der Bürgermeisterwahl das Thema Wirtschaft berücksichtigt werde. Seine Fraktion begrüße, dass für das Kongresszentrum Planungskosten in den Haushalt eingestellt wurden und meint, dass es möglich wäre mit einem 3-Jahresprogramm die Investitionen in der Innenstadt voranzutreiben, so dass es zum Jubiläum eine erweiterte Innenstadt gebe. Hier gehöre auch der Änderungsantrag dazu die Marktplatzsanierung von fünf Jahren auf drei Jahre zu kürzen. Er stellt fest, dass im Haushalt erstmalig mehr Mittel für Personalkosten eingestellt wurden. Er weist darauf hin, dass diese Kosten in den Folgejahren mit erhöht werden müssen. Des Weiteren sei erstmalig vorgesehen, ab 2017 in die VVHC/CVAG Mittel aus dem Haushalt der Stadt Chemnitz einzustellen. Dies seien zwei Positionen die dem Haushalt zukünftig neue Belastungen bringen. Abschließend erklärt er, dass seine Fraktion den Haushalt in Teilen als innovativ und sozial halte und diesem zustimmen werde.

Herr Stadtrat Müller (Fraktion AfD) wirbt für die Zustimmung der drei Änderungsanträge seiner Fraktion. So sei seine Fraktion gegen den Test zum kostenlosen Parken und schlägt vor, diese Mittel in die Unterhaltung von Spielplätzen und Kindertagesstätten bzw. die Erhöhung eines Marketingbudgets zu finanzieren.

Herr Stadtrat Wolf (Fraktionsgemeinschaft VOSI/PIRATEN) erklärt, dass sich seine Fraktion mit ihren Änderungsanträgen dafür einsetze, dass die ehrenamtlich gestellten Themen in der Stadt Chemnitz erhalten bleiben können. Auch zum ÖPNV wurde ein Änderungsantrag eingebracht. Er führt aus, dass mit diesem vorgeschlagen werde, den Zeitraum und die Kosten für das kostenlose Parken in der Innenstadt halbiert werden sollen und die übrigen Mittel in Höhe von 110.000 € für eine kostenlose Nutzung des Nahverkehrs freitags und samstags als Experiment ermöglichen sollen. Vielleicht könnten aus dieser Möglichkeit heraus neue Kunden für die CVAG gewonnen werden.

Herr Stadtrat Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) benennt als Grundposition seiner Fraktion zum Haushalt, dass es nur zum Nutzen von weiten Teilen der Einwohnerschaft verwendet werden dürfe, da es sich um Gelder der Bürger handle. Investitionen seien dabei erforderlich. Dies aber mehr in Richtung Bildung und Infrastruktur anstatt für Klientelinteressen, Soziokultur u. ä. Eine Einrichtung mit existenziellem Nutzen für jeden Chemnitzer sei die Feuerwehr. Daher habe seine Fraktion einen entsprechenden Änderungsantrag eingereicht. Der Haushalt beruhe nach Auffassung seiner Fraktion nicht nur auf zu vielen Steuern, sondern er sei wieder einmal nicht ausgeglichen. Ursache darin sehe seine Fraktion im Museum Gunzenhauser und im Städtischen Theater. Er erklärt abschließend, dass seine Fraktion den Haushalt genau wie einen großen Teil der Änderungsanträge ablehne.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig informiert zum Ablauf der Beratung und Beschlussfassung.

Beratung über den Ergebnishaushalt

Nr. 1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD-Fraktion und Fraktion DIE LINKE (Erhöhung Sachkosten der Gleichstellungsbeauftragten 2015)

Frau Stadträtin Roden (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) bringt den Änderungsantrag ein und benennt die geplanten Projekte der Gleichstellungsbeauftragten für welche die beantragten Mittel eingesetzt werden sollen. Sie führt einen Städtevergleich zu den Personalkosten im Bereich der Gleichstellungsbeauftragten an.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 1

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(36 Ja-Stimmen, 18 Nein-Stimmen,
3 Stimmenthaltungen)**

Nr. 2 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD-Fraktion und Fraktion DIE LINKE (Erhöhung Sachkosten der Gleichstellungsbeauftragten 2016)

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 2

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(36 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen,
3 Stimmenthaltungen)**

**Nr. 3 Änderungsantrag der Fraktionsgemeinschaft VOSI/PIRATEN
(Zusätzliche Mittel für den Haushalt der Gleichstellungsbeauftragten)**

Der Änderungsantrag ist aufgrund der Bestätigung des Änderungsantrages unter lfd. Nummer 1 obsolet.

**Nr. 4 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, SPD-Fraktion und Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
(Erhöhung Zuschuss Tierheim)**

Frau Stadträtin Schaper (Fraktion DIE LINKE) begründet den Änderungsantrag und führt aus, dass bei steigendem Aufkommen der Tiere und damit verbundenem höherem Aufwand eine Erhöhung des Zuschusses erforderlich sei. Ferner werde vorgeschlagen, dass bei Unterzeichnung eines neuen Vertrages eine Dynamisierung eingearbeitet werden solle.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 4

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
 (53 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen,
 1 Stimmenthaltung)**

**Nr. 5 Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion, FDP-Fraktion
(Unterstützung für Jugendfeuerwehren)**

Herr Stadtrat Ulbrich (CDU-Ratsfraktion) erklärt, dass es derzeit 15 Freiwillige Feuerwehren und davon 14 Jugendfeuerwehren in Chemnitz gebe und mit den beantragten Mitteln die Ausbildung und Nachwuchsgewinnung gewährleistet werden solle. Er sagt, dass die Feuerwehr ein wichtiges Bindeglied zur Jugendsozialarbeit sei.

Herr Stadtrat Gintschel (Fraktion DIE LINKE) weist darauf hin, dass die CDU-Ratsfraktion ihren Änderungsantrag nach dem Antrag der Fraktion DIE LINKE, SPD-Fraktion und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingereicht und die Summe erhöht habe. Dies halte er nicht für seriös. Wichtig sei die Unterstützung und da die Verwaltung von sich aus bereits 10.000 € zusätzlich eingestellt habe, scheint die beantragte Höhe von 10.000 € ausreichend. Es werde von der Verwaltung erwartet, dass auch in den nächsten Jahren entsprechende Mittel eingestellt werden. Seine Fraktion werde den Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion ablehnen.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP) führt aus, dass die Sache entscheidend sein solle und nicht der Kampf und Ausgrenzungen zwischen den Fraktionen.

Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion) erklärt, dass es nicht um eine Ausgrenzung gehe, sondern um die Deckungsquellen. So werde es nicht für richtig gehalten, dass Personalkosten als Deckungsquelle genommen werden. Auch werden die Feuerwehren mit dem Änderungsantrag der drei Fraktionen ausreichend und gut finanziert.

Herr Stadtrat Burghart (CDU-Ratsfraktion) führt zur Deckungsquelle Personalkosten aus, dass es sich hierbei lediglich um 0,2 % der Gesamtkosten handle. Er ist der Auffassung, dass eine Deckungsquelle Winterdienst auch nicht als seriös erscheine. Leider war es nicht möglich, Gedanken gegenseitig auszutauschen und somit komme es jetzt dazu, dass sich die Fraktionen bei der Abstimmung versuchen gegenseitig auszuschalten.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 5

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
 (22 Ja-Stimmen, 34 Nein-Stimmen,
 2 Stimmenthaltungen)**

**Nr. 6 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, SPD-Fraktion, Fraktion
 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
 (Unterstützung Jugendfeuerwehren)**

Herr Stadtrat Fritzsche (CDU-Ratsfraktion) bittet die Einreicher dieses Antrages den Betrag auf 30.000 € zu erhöhen.

Der Antrag bleibt unverändert bestehen.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 6

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
 (56 Ja-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen)**

**Nr. 7 Änderungsantrag der Fraktion AfD
 (Erhöhung Marketingbudget für den Tierpark Chemnitz)**

Herr Stadtrat Sänger (Fraktion AfD) begründet den Änderungsantrag damit, dass eine sorgfältigere Öffentlichkeitsarbeit erforderlich sei.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 7

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
 (15 Ja-Stimmen, 35 Nein-Stimmen,
 5 Stimmenthaltungen)**

**Nr. 8 Änderungsantrag der SPD-Fraktion, Fraktion DIE LINKE und Fraktion
 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
 (Tierpark – Sanierung Omankatzengehege)**

Frau Stadträtin Drechsler (SPD-Fraktion) erinnert, dass im Dezember 2014 das Entwicklungskonzept Tierpark durch den Stadtrat bestätigt wurde in welchem in der Baumaßnahmenübersicht das Omankatzengehege für das Jahr 2015 ausgewiesen sei, aber die notwendigen Mittel nur teilweise eingestellt seien. Um die Baumaßnahme in einem Zuge realisieren zu können, wird der vorliegende Antrag eingebracht.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP) stellt zur Deckungsquelle Stadtbad fest, dass hier Haushaltsreste für noch nicht realisierte Projekte eingesetzt werden sollen, ohne den Investitionsbeschluss zu ändern. Er bittet um die Meinung des Herrn Bürgermeister Brehm.

Herr Bürgermeister Brehm erklärt, dass es sich nicht um Haushaltsreste handle, da es um den Ergebnishaushalt gehe.

Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion) führt zur Deckungsquelle aus, dass im Ergebnishaushalt 450.000 € geplant wurden und da davon ausgegangen werde, dass im Investitionsbereich noch genügend Mittel für das Jahr 2015 zur Verfügung stehen, um Maßnahmen zu realisieren, wurde die Deckungsquelle wie im Antrag aufgeführt, benannt.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 8

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(50 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen,
2 Stimmenthaltungen)

Nr. 9 Änderungsantrag der Ratsfraktion PRO CHEMNITZ
(80.000 € für das Wildgatter Chemnitz)

Herr Stadtrat Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) begründet die Deckungsquelle anhand der Maßnahmen des „Lokalen Aktionsplanes für Demokratie und Toleranz“.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(5 Ja-Stimmen, 51 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)

Nr. 10 Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion und FDP-Fraktion
(zusätzliche Mittel für Sanierungsarbeiten in den städtischen Theatern)

und

Nr. 11 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD-Fraktion,
Fraktion DIE LINKE
(Erhöhung der Zuwendungen an die Städtischen Theater Chemnitz für Gebäudesanierungen)

Frau Stadträtin Patt (CDU-Ratsfraktion) sagt, dass die Verantwortung für das Theater übernommen wurde und weiter getragen werden müsse. Der Unterschied zum Änderungsantrag Nr. 11 liege lediglich in der Deckungsquelle. Im Ergebnis jedoch gehe es ihrer Fraktion um das Theater, was fraktionsübergreifend erreicht werden solle.

Herr Stadtrat Lehmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) führt aus, dass im Stadtrat gemeinsam um das Theater gestritten wurde und man sich verständigt habe, das künstlerische Niveau des Theaters zu halten. Es müsse aber nunmehr auch in die Sanierung des Gebäudes investiert werden, um die Gebäudesubstanz zu erhalten.

Über die genaue Verwendung der beantragten Mittel solle die Geschäftsleitung gemeinsam mit dem Aufsichtsrat entscheiden. Ihm sei als Aufforderung wichtig, dass im Zuge des Theaterkonzepts sich mit der Zukunft der Gebäude beschäftigt werde. Er mahnt in diesem Zusammenhang den Kulturentwicklungsplan bei Herrn Bürgermeister Rochold an.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP) schlägt vor, da zwei unterschiedliche Deckungsquellen benannt wurden, beide Änderungsanträge zu bestätigen, um die Höhe der Mittel zu erhöhen.

Frau Stadträtin Schaper (Fraktion DIE LINKE) betont, dass es um Inhalte gehe und äußert nochmals, dass die Deckungsquelle „Personalkosten“ nicht tragbar sei. Daher wirbt sie um Zustimmung zum gemeinsamen Änderungsantrag der drei Fraktionen.

Herr Stadtrat Burghart (CDU-Ratsfraktion) führt aus, dass die vorgeschlagenen Mittel frei werden durch Krankheit u. ä. und damit weder die Arbeitsfähigkeit der Verwaltung noch ein Personalentwicklungskonzept, welches noch nicht vorliegt, verhindert werden.

Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion) weist darauf hin, dass der Dissens die Deckungsquelle sei. Zur Deckungsquelle Personalkosten fragt er, ob z. B. bereits Tarifverhandlungen eingeplant wurden. Bei den Personalkosten in der beantragten Höhe zu sparen werde nicht für verantwortlich gehalten.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig erklärt, dass die Personalkosten knapp kalkuliert werden und insofern gewisse Risiken bereits eingepreist wurden.

Herr Bürgermeister Brehm stellt klar, dass sich über die Deckungsquellen politisch auseinandergesetzt werden müsse. Er macht Ausführungen zur Planung der Personalkosten und informiert, dass nicht auf Stellen, sondern auf Vertragsstand geplant werde. Es sei letztendlich nicht nachweisbar bzw. planbar, ob Mittel übrig bleiben oder fehlen werden.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP) erklärt, dass die Erläuterungen des Herrn Bürgermeister Brehm unzureichend seien.

Frau Stadträtin Patt (CDU-Ratsfraktion) weist darauf hin, dass auf Erfahrungen und fundierte Zahlen aus der Vergangenheit zurückgegriffen werden könne und aus diesen Werten heraus zumindest prozentual gesagt werden müsse, ob sich die Personalplanungen und tatsächlichen Personalkosten bisher gedeckt haben oder nicht.

Herr Stadtrat Ziems (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) äußert seine Bedenken, dass die Öffentlichkeit der Stadtratssitzung durch den Polizeieinsatz vor dem Rathaus noch gewährleistet sei. Er bittet um Bestätigung, dass die Sitzung tatsächlich noch öffentlich sei.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig sagt, dass dies derzeit durch Herrn Bürgermeister Runkel vor Ort geprüft werde.

Herr Bürgermeister Runkel informiert, dass die Situation derzeit etwas problematisch sei, da die Türen wirklich verschlossen waren.

Auszeit von 17:25 bis 17:45 Uhr

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig informiert, dass die Öffentlichkeit an der Sitzung teilhaben könne.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 10

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**
(15 Ja-Stimmen, 33 Nein-Stimmen,
4 Stimmenthaltungen)

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 11

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich bestätigt**
(51 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltungen)

**Nr. 12 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
SPD-Fraktion, Fraktion DIE LINKE
(Erhöhung des Medienetats der Stadtbibliothek Chemnitz)**

Herr Stadtrat Hopperdietzel (Fraktion DIE LINKE) erklärt, dass mit dem gemeinsamen Änderungsantrag dem Wunsch von 11.009 Petenten der Stadt nachgekommen und der Medienetat erhöht werde. Die Bibliothek musste bis zum Jahr 2014 Kürzungen in Höhe von 768.480 € hinnehmen. Er führt die Auswirkungen des Ekko-Beschlusses zu den Kürzungen auf und verweist auf die Deutsche Bibliotheksstatistik wonach die Bibliothek im Jahr 2009 einen Zugang von 41.371 Medien hatte, im Jahr 2013 dagegen nur noch 33.359. Dagegen seien die Abgänge im Medienbestand gestiegen. Die beantragten 60.000 € seien dringend geboten um den Medienbestand zu aktualisieren und den Verlust auszugleichen. Im Rahmen der weiteren Entwicklung des TIETZ werde ein besonderes Augenmerk auf die Entwicklung der Bibliothek gelegt werden.

Frau Stadträtin Patt (CDU-Ratsfraktion) weist auf den gleichlautenden Änderungsantrag ihrer Fraktion hin, mit welchem der Petition gefolgt wurde. Ihre Fraktion werde diesem Änderungsantrag zustimmen und zieht ihren Änderungsantrag zurück.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 12

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich bestätigt**
(51 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)

**Nr. 13 Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion
(Zusätzliche Mittel für den Medienetat im „TIETZ“)**

zurückgezogen

**Nr. 14 Änderungsantrag der Fraktion CDU-Ratsfraktion
(Weiterführung der Bibliothek Einsiedel im Jahr 2015)**

Herr Stadtrat Ulbrich (CDU-Ratsfraktion) bringt den Änderungsantrag seiner Fraktion ein und führt aus, dass eine Deckungsquelle nicht erforderlich sei, da die Einnahmen bereits eingeplant seien und für den Haushalt somit keine Mehrkosten entstehen. Eine weitergehende Betrachtung müsse im „Tietz-Konzept“ erarbeitet werden.

Herr Bürgermeister Rochold führt aus, dass die Mittel derzeit für das Jahr 2015 bei der SE 17 eingeplant seien. Er sagt weiter, dass die Bibliothek in die Erarbeitung des Konzeptes eingebunden werde und dass die Weiterführung der Bibliothek für 2015 gewährleistet sei.

Frau Stadträtin Knorr (SPD-Fraktion) bezieht sich auf die Vorlage zur Neuorganisation im Bereich Kultur (B-323/2014) in welcher beinhaltet sei, dass Sachverhalte, die zur Neuorganisation in der Arbeitsgruppe beraten wurden mit dem Leiter des neuen Kulturbetriebes abgestimmt werden sollen und nicht an anderen Stellen behandelt werden. Sie weist darauf hin, dass in der nachfolgenden Beschlussvorlage „Wirtschaftsplan TIETZ“ die Schließung der Bibliothek Einsiedel enthalten sei. Sie finde es unredlich, dass der Stadtrat beiläufig darüber informiert werde, dass die Dinge nicht passieren. Sie bittet darum, dass die notwendigen Mittel der weiteren Öffnung der Stadtteilbibliothek zugeschrieben werden.

Herr Stadtrat Lehmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sieht es als kritisch an, dass der Wirtschaftsplan im Kulturausschuss als zuständigen Betriebsausschuss nicht vorberaten wurde. Dennoch werde seine Fraktion dem Wirtschaftsplan zustimmen ebenso wie dem vorliegenden Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion.

Auf die Frage der **Oberbürgermeisterin** warum der Sachverhalt im Wirtschaftsplan anders als verabredet dargestellt sei, erklärt **Herr Bürgermeister Rochold**, dass er dies nicht beantworten könne, da der Wirtschaftsplan nach der Dezembersitzung nochmals geändert wurde.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 14

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(53 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme,
3 Stimmenthaltungen)**

**Nr. 15 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, SPD-Fraktion, Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
(Erhöhung der Zuschüsse zur Förderung von kulturellen Einrichtungen
und Maßnahmen (freie Kultur))**

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP) fragt, wie sich die Deckungsquelle ergebe.

Herr Stadtrat Hopperdietzel (Fraktion DIE LINKE) erklärt, dass es sich um Rentenversicherungsbeiträge handle, bei denen die Herabsetzung noch nicht in die Personalkosten eingepreist seien. Er begründet den Änderungsantrag ausführlich und führt aus, dass mit den zusätzlichen Mitteln der Fortsetzung der bisherigen und für eine neue Kulturarbeit gegeben werden solle. Er bezieht sich auf die Antragstellung des Kulturbeirates, die bisherigen Mittel um 35.000 € zu erhöhen. Darüber hinaus wollen die Fraktion DIE LINKE, SPD-Fraktion und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 15.000 € mehr zur Verfügung stellen. Dies sei ein weiterer Schritt um den Anteil von 5 % des Kulturetats der Freien Kultur zur Verfügung stellen zu können. Auch gelte es die Teuerungsrate auszugleichen.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP) sagt, dass er dem Inhalt des Änderungsantrages zustimme, ihm gehe es aber um die Deckungsquelle. Er fragt Herrn Bürgermeister Brehm, ob die Renten noch im Ansatz enthalten seien.

Herr Bürgermeister Brehm erläutert, dass der Beitrag zur Rentenversicherung gesenkt wurde, in der Planung der Personalkosten wurden allerdings noch die höheren Beiträge geplant. Der zur Verfügung stehende Betrag hieraus seien 130.000 €, welche zu verschiedenen Änderungsanträgen als Deckungsquelle benannt werden.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP) meint, dass die Personalplanung hätte entsprechend angepasst werden müssen.

Herr Stadtrat Lehmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ergänzt zu den Ausführungen des Herrn Hopperdietzel, dass das Problem der Neuen Sächsischen Galerie mit dem Antrag noch nicht gelöst werde und in diesem Jahr durch die Verwaltung Konzepte für die Einrichtung vorgelegt werden müssen, die u. a. Tarifanpassungen ermöglichen.

Herr Stadtrat Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) spricht sich für Freie Kultur aus, ist aber der Auffassung, dass diese unabhängig von öffentlichen Zuschüssen sein müsse. Aus diesem Grund werde seine Fraktion den Antrag ablehnen.

Herr Stadtrat Deschner (CDU-Ratsfraktion) zieht den Änderungsantrag seiner Fraktion zur selben Thematik (Ifd. Nr. 16) zurück.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 15

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich bestätigt**
(50 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)

Nr. 16 Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion, FDP-Fraktion
(Zusätzliche Mittel für Maßnahmen der Kulturförderung)

zurückgezogen

**Nr. 17 Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion
(Mittel für die Beschilderung zur besseren Vermarktung Fahrzeug-
museum)**

Frau Stadträtin Saborowski-Richter (CDU-Ratsfraktion) bringt den Änderungsantrag ein.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 17

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(30 Ja-Stimmen, 27 Nein-Stimmen)**

**Nr. 18 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, SPD-Fraktion, Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Fraktionsgemeinschaft VOSI/PIRATEN
(Förderung von Begegnungsstätten)**

Herr Stadtrat Vieweg (SPD-Fraktion) informiert, dass der Änderungsantrag auf einen fraktionsübergreifenden Beschluss des Sozialausschusses vom Dezember 2014 zurückgehe. Er erklärt, dass man bei den Begegnungsstätten vor großen Herausforderungen stehe, insbesondere der Nachfrage von neuen, partizipativeren Angeboten durch den Generationswechsel. Im Sozialausschuss und im Stadtrat müsse sich dieser Herausforderung gestellt und beraten werden, wo konkret diese Mittel eingesetzt werden sollen.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(42 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen,
3 Stimmenthaltungen)**

**Nr. 19 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
SPD-Fraktion und Fraktion DIE LINKE
(Erhöhung des Zuschusses zur Unterstützung der Kampagne save me)**

Frau Stadträtin Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) spricht zur Kampagne save me und informiert für welche Maßnahmen die Mittel eingesetzt werden sollen. Sie stellt fest, dass es zunehmend Anfragen zu Patenschaften gebe.

Herr Stadtrat Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) erklärt, dass seine Fraktion dem Änderungsantrag nicht zustimmen werde, da mit diesem zusätzlich zu den Kosten für die Thematik Asyl noch mehr Kosten entstehen würden, was nicht verantwortbar sei.

Frau Stadträtin Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) stellt klar, dass es nicht um Asylbewerber gehe, sondern um die Aufnahme von UNHCR-Flüchtlingen. Sie betont, dass dieses ehrenamtliche Engagement der Stadt erhebliche Kosten spare.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 19

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(50 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen,
2 Stimmenthaltungen)**

**Nr. 20 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
SPD-Fraktion und Fraktion DIE LINKE
(Erhöhung des Zuschusses an das Projekt IKOS)**

Frau Stadträtin Furtenbacher (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) begründet den Änderungsantrag damit, dass die Fördermittel in den vergangenen Jahren stetig zurückgegangen, der Bedarf an Aufklärung und Beratung jedoch gestiegen sei.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 20

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
 (48 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen,
 5 Stimmenthaltungen)**

**Nr. 21 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, SPD-Fraktion, Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
(Jugendhilfeausschuss §§ 11 – 16 für 2015)**

Frau Stadträtin Pester (Fraktion DIE LINKE) führt aus, dass mit dem vorliegenden Änderungsantrag die Kinder- und Jugendarbeit in einzelnen Projekten aufgewertet bzw. fortgeführt werden solle und dieser Antrag auch aus einer gemeinsamen Forderung des Jugendhilfeausschusses resultiere. Sie geht auf die einzelnen Einrichtungen und Projekte ein.

Herr Stadtrat Tillmann (Fraktion FDP) fragt zum Jugendklub Fokus, warum dieser nur noch mit 25.000 € bedacht werden solle und warum als Deckungsquelle nicht wie angedacht die Jugendpauschale genannt werde.

Herr Stadtrat Burghart (CDU-Ratsfraktion) bezieht sich ebenfalls auf die Vereinbarung im Jugendhilfeausschuss, die Finanzierung unter die Erhöhung der Jugendpauschale zu setzen. Er weist darauf hin, dass der Bedarf in Glösa für diese Einrichtung wachsen werde und dass es nicht immer nur um soziale Brennpunkte gehen solle, sondern auch darum präventiv Angebote zu schaffen. Er stellt dar, dass die Betreibung dieses Klubs nur bis Mitte des Jahres nie in der Diskussion und kein Konsens im Jugendhilfeausschuss war. Er bittet das Budget so hoch zu setzen, dass eine gangbare Lösung für die Zukunft möglich werde.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP) fragt zur Deckungsquelle, wo die Differenz bei den Zinsen entstehe.

Frau Stadträtin Pester (Fraktion DIE LINKE) sagt zur Deckungsquelle Jugendpauschale, dass diese nach Abstimmung mit der Kämmerei und dem Jugendamt nicht in Frage komme, weil diese erst Mitte des Jahres zur Verfügung stehen werde. Zum Fokus erklärt sie, dass die selbstverwaltete Jugendarbeit vorgeschlagen werde und die AWO als Träger über den Änderungsantrag informiert sei und nicht signalisiert habe, dass es dazu kein Einverständnis gebe.

Herr Stadtrat Otto (SPD-Fraktion) ergänzt, dass die Jugendpauschale auch nicht ausgereicht hätte. Er erinnert, dass es ein gutes fachliches Verfahren des Jugendamtes gebe, bei welchem der Fokus seit Jahren auf der Streichliste stehe, weil die Besucherzahlen nicht erreicht werden, da der Jugendklub von den Kindern und Jugendlichen nicht angenommen werde. Deshalb müsse ein neues Projekt gefunden werden. Auch solle nicht ständig in das fachliche Verfahren eingegriffen werden.

Herr Bürgermeister Brehm informiert, dass die Deckungsquelle Zinsaufwendungen ca. 500.000 € beinhalte. Es werde mit einem mittleren Zinssatz geplant und nicht vorhersehbar sei, ob die Deckungsquelle aufgehe. Es sei jedoch mit Vorsicht geplant worden.

Frau Stadträtin Patt (CDU-Ratsfraktion) sagt zum Fokus, dass eine Unterstützung entweder in vollem Umfang oder gar nicht erfolgen solle. Denn Gelder in eine Maßnahme zu investieren, von denen bekannt sei, dass diese nicht mehr fruchten werden seien fehlinvestiert und gingen zu Lasten anderer Projekte.

Herr Stadtrat Burghart (CDU-Ratsfraktion) informiert zum Fokus, dass seit 2013 die Leitung der Einrichtung gewechselt habe und die Besucherzahlen gestiegen seien und dies zeige, das was bewegt wurde. Mit Bestätigung des Änderungsantrages und somit der Schließung des Jugendklubs hätten auch die Jugendlichen keine Chance mehr, die das Angebot bisher sehr gern angenommen haben.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP) sagt, dass er eine Deckungsquelle nie bei den Zinsen gesucht hätte. Er habe den Eindruck, dass es zu unterschiedlichen Beurteilungsmaßstäben komme und dies zu hinterfragen sei.

Herr Bürgermeister Rochold informiert zum Jugendclub Fokus, dass die Probleme bereits seit 2011 bestehen und die drei im Änderungsantrag genannten Einrichtungen die Kriterien des Verfahrens nicht erfüllen und die 25.000 € für den Fokus nicht für das Jahr ausreichen. Er weist darauf hin, dass in Glösa derzeit keine strukturellen Besonderheiten vorliegen.

Frau Stadträtin Pester (Fraktion DIE LINKE) sagt, dass für die Etablierung der Jugendarbeit im Fokus eine Fachkraft vor Ort erforderlich wäre, wofür die Mittel für das 1. Halbjahr beantragt werden.

Herr Stadtrat Otto (SPD-Fraktion) wiederholt zum fachlichen Verfahren, dass es einfach zu spät sei, wenn sich der Träger des Fokus erst im Jahr 2014 überlege Veränderungen vorzunehmen nachdem zu dieser Einrichtung immer wieder nachgesteuert wurde. Bis 30.06.2015 solle hier eine geordnete Abwicklung zustande kommen.

Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion) ergänzt, dass es an gewissen Punkten ehrlicher sei Dinge auslaufen zu lassen. Bei weiterer Förderung kämen zusätzlich Sanierungskosten hinzu.

Zur Deckungsquelle Zinsen führt er aus, dass geplante Zinszahlungen nicht erfolgten, da die Kredite nicht geflossen seien. Somit seien die 500.000 € als Deckungsquelle durchaus realistisch.

Frau Stadträtin Schaper (Fraktion DIE LINKE) beantragt eine Auszeit.

Auszeit von 18:55 bis 19:04 Uhr

Herr Stadtrat Otto (SPD-Fraktion) erklärt, dass der Änderungsantrag bestehen bleibe. Zeitnah sollte sich im Jugendhilfeausschuss und im Unterausschuss Jugendhilfeplanung darüber verständigt werden, wie ein selbstverwaltetes Projekt installiert werden könne.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 21

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(38 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen,
2 Stimmenthaltungen)**

**Nr. 22 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, SPD-Fraktion, Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
(Jugendhilfeausschuss §§ 11 – 16 für 2016)**

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 22

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(40 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen,
3 Stimmenthaltungen)**

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig bittet Herrn Bürgermeister Rochold im Unterausschuss Jugendhilfeplanung und im Jugendhilfeausschuss das Vorgeschlagene von Herrn Otto aufzunehmen.

**Nr. 23 Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion, FDP-Fraktion
(Zusätzliche Mittel Schulsozialarbeit Förderschule J.-Trüper)**

Herr Stadtrat Dierks (CDU-Ratsfraktion) erklärt, dass der Antrag gestellt wurde, da an dieser Schule tatsächlich der Bedarf vorhanden sei und bittet um Zustimmung.

Herr Stadtrat Otto (SPD-Fraktion) wirbt ebenfalls um Zustimmung zum Änderungsantrag, da Bedarfe gegeben seien.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 23

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(53 Ja-Stimmen, 3 Stimmenthaltungen)**

**Nr. 24 Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion, FDP-Fraktion
(Zusätzliche Mittel Schulsozialarbeit OS G.-Weerth)**

Herr Stadtrat Dierks (CDU-Ratsfraktion) erklärt, dass ein entsprechender Antrag bereits zur letzten Haushaltssatzung bestätigt wurde und es ein schlechtes Zeichen wäre, die Schulsozialarbeit mit dem neuen Haushalt zurückzufahren.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 24

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(53 Ja-Stimmen, 3 Stimmenthaltungen)**

**Nr. 25 Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion
(Zusätzliche Mittel für den Stadtteiltreff Kappel)**

Frau Stadträtin Saborowski-Richter (CDU-Ratsfraktion) erklärt, dass der Stadtteiltreff eine Säule des Mehrgenerationenhauses sei und ohne die zusätzlichen Mittel die Qualität der Einrichtung gefährdet sei.

Herr Stadtrat Vieweg (SPD-Fraktion) erinnert, dass unter der lfd. Nr. 18 bereits ein gemeinsamer Antrag bestätigt wurde und neue Angebote gewünscht werden. Dabei könne der Stadtteil Kappel sicher mit finanziert werden. Allerdings bestehen zu den Begegnungsstätten ebenfalls Qualitätskriterien, welche im Sozialausschuss vereinbart wurden und die Bewertung auch für den Stadtteiltreff Kappel erfolgen solle. Daher bitte er um Ablehnung des Änderungsantrages.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 25

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
 (15 Ja-Stimmen, 34 Nein-Stimmen,
 7 Stimmenthaltungen)**

**Nr. 26 Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion, FDP-Fraktion
(Zusätzliche Mittel für den Jugendclub Focus)**

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 26

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
 (17 Ja-Stimmen, 34 Nein-Stimmen,
 4 Stimmenthaltungen)**

**Nr. 27 Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion, FDP-Fraktion
(Zusätzliche Mittel für „Die Verreiser“)**

Durch die Bestätigung des Änderungsantrages lfd. Nr. 21 ist der Antrag obsolet.

**Nr. 28 Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion
(Zusätzliche Mittel für den Jugendclub FF 55)**

Durch die Bestätigung des Änderungsantrages lfd. Nr. 21 ist der Antrag obsolet.

**Nr. 29 Änderungsantrag der SPD-Fraktion, Fraktion DIE LINKE, Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
(Schulsozialarbeit C.-Darwin-GS und GS am Sonnenberg 2015)**

und

**Nr. 30 Änderungsantrag der SPD-Fraktion, Fraktion DIE LINKE, Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
(Schulsozialarbeit C.-Darwin-GS und GS am Sonnenberg 2016)**

Herr Stadtrat Otto (SPD-Fraktion) bringt beide Änderungsanträge ein und führt aus, dass auch an Grundschulen Bedarf für Schulsozialarbeit vorhanden sei.

Zu den beiden Schulen gab es Anträge zur Förderung, welche im Jugendhilfeausschuss nicht berücksichtigt werden konnten. Deshalb werden heute die entsprechenden Anträge eingebracht, da es an beiden Schulen eine überdurchschnittliche Anzahl an Kindern mit Migrationshintergrund sowie eine steigende Zahl von lernschwachen und verhaltensauffälligen Kindern gebe.

Frau Stadträtin Saborowski-Richter (CDU-Ratsfraktion) erklärt, dass ihre Fraktion beide Anträge aufgrund der besonderen Herausforderungen unterstützen werde.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 29

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(50 Ja-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen)**

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 30

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(50 Ja-Stimmen, 3 Stimmenthaltungen)**

**Nr. 31 Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion
(Erhöhung der Mittel für das Projekt „Werk-statt-Schule“)**

Frau Stadträtin Saborowski-Richter (CDU-Ratsfraktion) informiert, dass sich dieses Projekt der Zielgruppe der Schulverweigerer widme und im Rahmen von Kürzungen weniger Schüler beschult werden können. Somit müssen Anträge abgelehnt werden, was ein falsches Signal sei.

Herr Stadtrat Dierks (CDU-Ratsfraktion) ergänzt, dass dieses Projekt Prävention unterstütze.

Herr Stadtrat Lehmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) spricht allgemein zu den Anträgen Jugendhilfe und meint, dass zukünftig nicht über einzelne Projekte im Stadtrat entschieden werden solle, sondern anhand einer beschlossenen Summe die Projekte im entsprechenden Fachausschuss abgestimmt werden.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 31

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(17 Ja-Stimmen, 33 Nein-Stimmen,
6 Stimmenthaltungen)**

**Nr. 32 Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion
(Unterstützung des Vereins KALEB e. V.)**

Frau Stadträtin Saborowski-Richter (CDU-Ratsfraktion) führt aus, dass der Schwerpunkt der Arbeit des Vereins in der Unterstützung von Schwangeren und Familien in schwierigen Lebenssituationen liege.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 32

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(23 Ja-Stimmen, 31 Nein-Stimmen)**

**Nr. 33 Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion
(Planung und Gestaltung von Außenanlagen und Spielgeräten für
Kindertagesstätten - 2015)**

Herr Stadtrat Ulbrich (CDU-Ratsfraktion) führt aus, dass drei Außenanlagen in Kindertagesstätten zugunsten von Schulbauprojekten gestrichen wurden und aus diesem Grund der Antrag eingebracht wurde. Er meint, dass bei der Sanierung von Gebäuden es notwendig sei auch die Außenflächen herzurichten. Zu den Deckungsquellen erklärt er, dass diese geplante Größen seien.

Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion) sagt, dass das Anliegen nachvollziehbar sei aber die Deckungsquellen nicht funktionieren. Den Antrag unter laufender Nummer 35 mit der Deckungsquelle Zinsen werde jedoch unterstützt werden.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 33

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
 (17 Ja-Stimmen, 33 Nein-Stimmen,
 4 Stimmenthaltungen)**

**Nr. 34 Änderungsantrag der Fraktion AfD
(Mittelbereitstellung für die Neu- und Ersatzbeschaffung/Reparatur von
Außenspielgeräten in Kindertagesstätten)**

Herr Stadtrat Sänger (Fraktion AfD) bringt den Änderungsantrag ein und bittet um Zustimmung.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 34

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
 (18 Ja-Stimmen, 32 Nein-Stimmen,
 3 Stimmenthaltungen)**

**Nr. 35 Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion
(Planung und Gestaltung von Außenanlagen und Spielgeräten für
Kindertagesstätten - 2016)**

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 35

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
 (43 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen,
 1 Stimmenthaltung)**

**Nr. 36 Änderungsantrag der SPD-Fraktion, Fraktion DIE LINKE, Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
(Modellprojekt Sprachförderung in Kindertagesstätten und Horten -
2015)**

und

**Nr. 37 Änderungsantrag der SPD-Fraktion, Fraktion DIE LINKE, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
(Modellprojekt Sprachförderung in Kindertagesstätten und Horten - 2016)**

Herr Stadtrat Otto (SPD-Fraktion) bringt beide Änderungsanträge ein und erklärt, dass in Einrichtungen, wo der Migrationsanteil recht hoch sei individuelle Sprachförderung für Kinder und auch für Eltern angeboten werden solle. Auch solle die Möglichkeit bestehen, dass die pädagogischen Fachkräfte geschult werden könnten. Die Maßnahmen sollen an einen Freien Träger ausgeschrieben werden.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 36

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(49 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen,
4 Stimmenthaltungen)**

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 37

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(49 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen,
4 Stimmenthaltungen)**

**Nr. 38 Änderungsantrag FDP-Fraktion, Fraktionsgemeinschaft VOSI/PIRATEN
(Fortführung des Projektes CheMida – Haus der Kreativität)**

Herr Stadtrat Faßmann (Fraktionsgemeinschaft VOSI/Piraten) erinnert, dass das Projekt CheMida im Zusammenhang mit der Stadt der Wissenschaft initiiert wurde. Es solle nicht im bisherigen Rahmen durchgeführt werden, allerdings haben sich engagierte Personen gefunden und das Projekt solle überführt werden.

Frau Stadträtin Pritscha (Fraktion DIE LINKE) erklärt, dass ihre Fraktion das Projekt auch für wichtig erachte und den Antrag unterstützen werde.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig führt aus, dass von Beginn an klar war, dass dieses Projekt befristet war und es auch akzeptiert werden müsse, dass Dinge nur als Anregung für eine bestimmte Zeit gedacht seien. Sinn des Projektes war es Anregungen für Erzieherinnen zu geben um die Arbeiten in den Kindertagesstätten fortführen zu können.

Herr Stadtrat Herrmann (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) unterstützt, dass dieses Projekt weitergeführt werden solle, aber die Förderung zu Ende gehen solle, da dies langfristig bekannt war. Er bittet darum, dies in eine komplett ehrenamtliche getragene Trägerschaft überzuleiten und bittet daher um Zustimmung.

Herr Stadtrat Hopperdietzel (Fraktion DIE LINKE) stellt fest, dass das Modellprojekt Verständnis bei den Erzieherinnen gebracht habe und der Material- und Ideenfundus finanziert werden müsse. Daraus solle ein Projekt entwickelt werden, was sich selber trage. Daher wirbt auch er für den Antrag.

Herr Stadtrat Vieweg (SPD-Fraktion) erklärt, dass dieser Antrag keine Alternative sei und seine Fraktion daher nicht zustimmen werde. Er denkt, dass der Träger durch eigene Lagerflächen in der Lage sei das Material zu lagern.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 38

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(29 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen,
7 Stimmenthaltungen)**

**Nr. 39 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
SPD-Fraktion und Fraktion DIE LINKE
(Erhöhung des Zuschusses an das Adventswohlfahrtswerk für
Suchtberatung - 2015)**

und

**Nr. 40 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
SPD-Fraktion und Fraktion DIE LINKE
(Erhöhung des Zuschusses an das Adventswohlfahrtswerk für
Suchtberatung - 2016)**

Frau Stadträtin Furtenbacher (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) informiert, dass sich die Zahl der Crystal-Klienten in den Suchtberatungsstellen in den letzten drei Jahren mehr als verdreifacht habe und die Wartezeit derzeit bei fünf Wochen liege. Bei den Fachkräften sei die Belastungsgrenze erreicht und die Basisversorgung nicht mehr gesichert.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 39

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(46 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen,
3 Stimmenthaltungen)**

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 40

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(46 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen,
3 Stimmenthaltungen)**

**Nr. 41 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, SPD-Fraktion, Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
(Fachkraft für Gesundheitsfürsorge/Prävention – 2015)**

und

**Nr. 42 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, SPD-Fraktion, Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
(Fachkraft für Gesundheitsfürsorge/Prävention – 2016)**

Frau Stadträtin Schaper (Fraktion DIE LINKE) führt aus, dass eine Stelle der Prävention und Gesundheitsfürsorge geschaffen werden müsse, da Fehlernährung bei Kindern und Jugendlichen vorliege. Aufgrund der Technisierung im Alltag komme es zu Bewegungsmangel und auch dem wachsenden Krankenstand in der Verwaltung solle vorgesorgt werden. Auch sei Präventionsarbeit an Schulen unerlässlich.

Herr Stadtrat Burghart (CDU-Ratsfraktion) meint, dass gegen Prävention nichts einzuwenden sei, dies aber aus Sicht seiner Fraktion nicht Aufgabe der Verwaltung sei. Es gebe hierzu bereits viele Angebote z. B. von Krankenkassen. Seine Fraktion werde den Antrag ablehnen.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 41

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(33 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 42

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(33 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)

Nr. 43 Änderungsantrag der Fraktionsgemeinschaft VOSI/PIRATEN
(„Kostenlos in die Innenstadt für Alle)

Herr Stadtrat Rotter (Fraktionsgemeinschaft VOSI/Piraten) erläutert den Änderungsantrag und bemerkt, dass der Antrag gleichzeitig eine Möglichkeit darstelle wie in die kommenden Verhandlungen zum Nahverkehr eine neue Faktenlage eingebracht werden könne.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig meint, dass es eine interessante Idee sei, weist aber darauf hin, dass es hierzu einer Beschlusslage im Zweckverband bedürfe und der Antrag bei Bestätigung so nicht umsetzbar wäre.

Herr Stadtrat Schinkitz (Fraktion DIE LINKE) erklärt, dass die Idee durch seine Fraktion begrüßt werde. Sich jedoch dieser Vision über einen Änderungsantrag zum Haushalt nähern zu wollen erscheine der falsche Weg. Deshalb werde seine Fraktion dem Antrag nicht zustimmen.

Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion) sagt, dass die Hoheit über dieses Thema der Verkehrsverbund Mittelsachsen habe. Er denke, dass der Antrag nicht wirklich zu untersetzen sei, diese Thematik jedoch im Zusammenhang mit dem Nahverkehrsplan nochmals diskutiert werden solle.

Herr Stadtrat Ziems (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) fragt, ob der Änderungsantrag überhaupt zulässig sei.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig erklärt, dass die Deckungsquelle in Ordnung sei aber die Umsetzung nur bei Zustimmung des Zweckverbandes erfolgen könne. Daher habe sie darauf hingewiesen, dass bei Bestätigung des Änderungsantrages durch den Stadtrat der Antrag dennoch nicht umgesetzt werden könne.

Frau Frech-Döring (amt. Amtsleiterin Amt 15) führt aus, dass der Änderungsantrag inhaltlich zulässig sei.

Herr Stadtrat Rotter (Fraktionsgemeinschaft VOSI/Piraten) sagt, dass absichtlich weiche Faktoren für die Kalkulation belassen wurden um das Projekt flexibel zu gestalten.

Herr Stadtrat Tillmann (Fraktion FDP) bittet um Ablehnung des Antrages.

Herr Stadtrat Faßmann (Fraktionsgemeinschaft VOSI/Piraten) meint, dass die gemachten Aussagen zeigen, dass dieses Modellprojekt keine schlechte Idee wäre.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 43

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(7 Ja-Stimmen, 46 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)

Herr Stadtrat Ziems (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) beantragt eine Pause.

Da **Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** keine Mehrheit erkennt, bittet Sie um Verständnis dafür zum späteren Zeitpunkt eine Pause einzulegen.

Nr. 44 Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion, FDP-Fraktion
(Verbesserung der Schulwegsicherheit durch den Bau von Fußwegen)

Herr Stadtrat Dr. Belusa (CDU-Ratsfraktion) weist darauf hin, dass es die Slevoigtstraße und Shakespearestraße betreffe, wo es noch keine Fußwege an Schulwegen gebe.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 44

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(52 Ja-Stimmen)

Nr. 45 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
SPD-Fraktion und Fraktion DIE LINKE
(Instandhaltung Fußwege)

Herr Stadtrat Herrmann (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) sagt, dass besser intakte Gehwege auch aus Haftungsgründen für die Stadt wichtig seien. Es gehe auch darum Defizite in der Barrierefreiheit abzubauen.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 45

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(51 Ja-Stimmen)

Nr. 46 Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion, FDP-Fraktion
(Straßenerhaltung Gemeindestraßen)

Herr Stadtrat Leistner (CDU-Ratsfraktion) führt aus, dass für die Straßenunterhaltung dem zuständigen Amt entsprechende Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen und bittet um Zustimmung zum Antrag.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig weist darauf hin, dass die Deckungsquelle „Rentenversicherungen“ bereits mit 120.000 € ausgeschöpft sei und somit nur noch 10.000 € zur Verfügung stehen.

Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion) wiederholt, dass innerhalb der einzelnen Themen zunächst die Prioritätenlisten abgearbeitet werden müssen. Die zusätzlichen Mittel des Freistaates sollten in bereits festgeschriebene investive Maßnahmen fließen, die bisher nicht umgesetzt werden konnten, da die finanziellen Mittel bisher nicht vorhanden waren. Aus diesem Grund könne dem Antrag nicht zugestimmt werden.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 46

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(20 Ja-Stimmen, 32 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)

Nr. 47 Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion, FDP-Fraktion
(Sanierung Viadukt Rabenstein)

Herr Stadtrat Lehmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erklärt, dass zunächst z. B. Brücken im Hochwasserschutzgebiet saniert werden müssten und nicht ein funktionales Bauwerk.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP) sagt, dass es um ein Kulturgut und Wahrzeichen für Chemnitz gehe, was vor sich hin rostet. Es gebe für das Viadukt eine Planung für eine Komplettsanierung, Ziel des Antrages sei es dies umzustellen um einen dringend notwendigen Korrosionsschutz zu ermöglichen. Er weist darauf hin, dass eine Initiative für diese Maßnahme bereits 20.000 € gesammelt habe.

Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion) erinnert an die Dienstanweisung 6001, in welcher Prioritäten festgelegt seien und das Viadukt nicht ganz oben auf der Prioritätenliste stehe. Er denkt, dass andere Brücken in Chemnitz wichtiger zu sanieren seien.

Herr Stadtrat Lehmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sagt, dass es viele Brücken in der Stadt gebe, die sanierungsbedürftiger und wichtiger seien als das Viadukt. Perspektivisch müsse sich unterhalten werden, ob Mittel für den Denkmalschutz erhöht werden sollten und damit ggf. auch das Viadukt gefördert werden solle.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 47

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(16 Ja-Stimmen, 30 Nein-Stimmen,
7 Stimmenthaltungen)

Nr. 48 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, SPD-Fraktion, Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
(Planung Brückenbauwerke)

Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktion DIE LINKE) weist auf die Beratungsvorlage BR-016/2013 hin und führt aus, dass ein Sanierungsrückstau bei Brücken in Höhe von ca. 40 Mio. € vorliege und noch 21 Mio. € für Ersatzneubau von Brücken hinzukämen. Deshalb sei es den einreichenden Fraktionen wichtig, dass entsprechend der Priorität noch mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen. Mit dem Antrag solle auch ein gewisser Planungsvorlauf erreicht werden.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 48

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(46 Ja-Stimmen, 5 Stimmenthaltungen)**

**Nr. 49 Änderungsantrag der Fraktionsgemeinschaft VOSI/PIRATEN
(Erhöhung Budget für den Radverkehr)**

Herr Stadtrat Rotter (Fraktionsgemeinschaft VOSI/Piraten) informiert, dass laut ADFC-Fahrradklimatest 2014 Chemnitz im Mittelfeld rangiere und aus Sicht der Einreicher mehr Investitionen in diesem Bereich erfolgen sollten.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 49

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(5 Ja-Stimmen, 42 Nein-Stimmen,
3 Stimmenthaltungen)**

**Nr. 50 Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion, FDP-Fraktion
(Planung einer neuen Parkraumordnung auf dem Kaßberg)**

Frau Stadträtin Patt (CDU-Ratsfraktion) weist auf die desolante Parkplatzsituation auf dem Kaßberg hin. Die Innenhöfe sollten auf alle Fälle erhalten bleiben, dennoch müsse immer wieder neu nachgedacht werden um Lösungen für die Parksituation zu finden.

Herr Stadtrat Kallscheidt (SPD-Fraktion) stimmt dem zu, möchte aber wissen, ob es schon ein Konzept hierzu gebe.

Herr Gregorzyk (Amtsleiter Amt 66) erklärt, dass die Stadt ein Parkraumkonzept Kaßberg habe. Vielmehr werden Mittel benötigt, um punktuell bauliche Verbesserungen zu erreichen. Er empfiehlt nicht diese Mittel für ein Parkraumkonzept einzusetzen.

Herr Stadtrat Kallscheidt (SPD-Fraktion) sagt, dass diese Thematik im Planungs-, Bau- und Umweltausschuss beraten werden solle.

Frau Stadträtin Patt (CDU-Ratsfraktion) benennt als neue Deckungsquelle für 20.000 € die Kreditermächtigung.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 50

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(17 Ja-Stimmen, 32 Nein-Stimmen,
2 Stimmenthaltungen)**

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig bittet darum, dass die Thematik Parken auf dem Kaßberg auf die Tagesordnung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses gesetzt werde.

**Nr. 51 Änderungsantrag der Fraktion AfD
(Mittelbereitstellung für den Unterhalt kommunaler Spielplätze)**

Herr Stadtrat Sänger (Fraktion AfD) weist darauf hin, dass für den Unterhalt kommunaler Spielplätze eigentlich ein Betrag von 350.000 € nötig wäre, vorgesehen seien dagegen nur ca. 59.000€. Um dem entgegen zu wirken wurde der vorliegende Antrag eingereicht.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 51

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
 (17 Ja-Stimmen, 31 Nein-Stimmen,
 4 Stimmenthaltungen)**

Herr Stadtrat Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) beantragt eine Auszeit.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig schlägt vor, dass nach den Abstimmungen zum Ergebnishaushalt eine Pause eingelegt werde.

**Nr. 52 Änderungsantrag der Fraktionsgemeinschaft VOSI/PIRATEN
(Weiterführung der Sanierung Knappteich)**

Herr Stadtrat Wolf (Fraktionsgemeinschaft VOSI/PIRATEN) weist darauf hin, dass diese Maßnahme als Folge der 1. und 2. Stufe der Sanierung umgesetzt werden solle.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 52

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
 (34 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen,
 8 Stimmenthaltungen)**

**Nr. 53 Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion, FDP-Fraktion
(Sanierung des Brunnens im Stadthallenpark)**

Herr Stadtrat Fritzsche (CDU-Ratsfraktion) ändert die Deckungsquelle in Anteile Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 53

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
 (21 Ja-Stimmen, 30 Nein-Stimmen)**

**Nr. 54 Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion
(Beschilderung zur besseren Vermarktung des Naherholungsgebietes
Rabenstein)**

Herr Stadtrat Marschner (CDU-Ratsfraktion) begründet dass der Antrag eingebracht wurde um gerade Besuchern von Auswärts ein leichteres Auffinden zu ermöglichen. Vorstellbar wären ein Schild an der Bundesautobahn sowie eine interne Beschilderung im Freizeitgebiet Rabenstein.

Herr Stadtrat Lehmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sagt, dass sich der Stadtrat eigentlich nicht mit Beschilderungen befassen solle, da dies eine originäre Aufgabe der CWE bzw. einer Stadtmarketinggesellschaft sei.

Herr Stadtrat Dr. Langer (Fraktion DIE LINKE) sagt zur Deckungsquelle, dass die Schilder nicht mit den Löhnen der Mitarbeiter bezahlt werden sollen.

Herr Stadtrat Marschner (CDU-Ratsfraktion) ändert die Deckungsquelle in Anteil Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 54

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**
(22 Ja-Stimmen, 29 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)

Nr. 55 Änderungsantrag der Fraktionsgemeinschaft VOSI/PIRATEN
(Erhöhung des Förderbudgets für Stadtverband Chemnitzer
Kleingärtner)

Herr Stadtrat Wolf (Fraktionsgemeinschaft VOSI/PIRATEN) informiert, dass es über 80 Kleingartenvereine in Chemnitz gebe und nur eine geringe Summe zur Förderung zur Verfügung stehe. Auch wenn die eingereichten Fördermittelanträge in diesem Jahr geringer ausfallen werde um Unterstützung des Antrages gebeten.

Herr Stadtrat Siegel (Fraktion DIE LINKE) führt aus, dass eine Reihe baulicher Maßnahmen in den Kleingartenvereinen vorgenommen werden, die der Allgemeinheit zur Verfügung stehen. Viele der Maßnahmen werden durch Eigenmittel finanziert. Er weist darauf hin, dass für 2015 Maßnahmen in Höhe von 60.000 € vorbereitet seien bei Eigenmitteln von 30.000 €. Er könne den Antrag leider nicht befürworten weil keine Projekte in dieser Höhe vorliegen. Aber er befürwortet, dass dieser Appell für die Zukunft mitgenommen werde.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 55

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**
(17 Ja-Stimmen, 33 Nein-Stimmen,
3 Stimmenthaltungen)

Nr. 56 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, SPD-Fraktion, Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
(Erhöhung der Zuschüsse bei der Projektförderung für das Kleingartenwesen)

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 56

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich bestätigt**
(48 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen,
2 Stimmenthaltungen)

Pause von 20:34 bis 20:48 Uhr

Beratung über Investitionen

Nr. 57 Änderungsantrag der Ratsfraktion PRO CHEMNITZ (2 Mio. € für das geplante Feuerwehr-Ausbildungszentrum)

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 57

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(3 Ja-Stimmen, 37 Nein-Stimmen)**

Nr. 58 Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion, FDP-Fraktion (Mittel für ein Ausbildungs- und Übungsgelände der Feuerwehr)

Frau Stadträtin Kempe (CDU-Ratsfraktion) erklärt, dass in den Feuerwehren teilweise keine praxisorientierten Übungen erfolgen können und der Nachwuchs dringend geschult werden müsse.

Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion) sagt, dass seine Fraktion diesen Antrag unterstützen werde und bittet die Verwaltung dies auch im Brandschutzbedarfsplan untersetzt in Teilabschnitten aufzunehmen. Dabei solle auch mit angrenzenden Landkreisen über eine gemeinsame Finanzierung und gemeinsame Nutzung verhandelt werden.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 58

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(50 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)**

Nr. 59 Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion, FDP-Fraktion (Planungsmittel für Erweiterungen bzw. Anpassungen von Grund- und Mittelschulen)

Herr Stadtrat Tillmann (Fraktion FDP) präzisiert den Änderungsantrag, dass hier u. a. die Planung der Grundschule Glösa enthalten sei und plädiert für den Antrag.

Herr Stadtrat Dr. Belusa (CDU-Ratsfraktion) ergänzt, dass es für sinnvoll gehalten werde bereits hier mehr Mittel einzustellen, um ggf. fehlende Mittel für den Ausbau der Mittelschule zur Verfügung zu haben.

Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion) informiert, dass nach Rücksprache mit der Verwaltung es keinen Sinn mache Planungsmittel in dieser Höhe einzustellen, wenn die konkreten Planungen und Bedarf noch nicht feststehen. Ausnahme bilde hier die Grundschule Glösa. Er betont, dass ohne eine Schulnetzplanung das GMH keine konkrete Planung ausführen könne. Er fragt Herrn Bürgermeister Rochold, ob es dabei bleibe, dass im März eine konkrete und belastbare Schulnetzplanung vorgelegt werde.

Herr Stadtrat Siegel (Fraktion DIE LINKE) knüpft an, dass die beantragte Summe nicht untersetzt sei und aus diesem Grunde empfehle den Änderungsantrag nicht zu beschließen. Bei Vorliegen der Schulnetzplanung müssen konkrete Maßnahmen eingeleitet werden. Hier werden von der Verwaltung die notwendigen Schritte erwartet.

Herr Bürgermeister Rochold führt zur Schulnetzplanung aus, dass Kapazitätsprobleme bestehen und langfristig Kapazitäten geschaffen werden müssen. Er sagt abschließend, dass die Schulnetzplanung im März nicht vorgelegt werden könne, da mit der Bildungsagentur noch Abstimmungen erfolgen müssen.

Herr Stadtrat Tillmann (Fraktion FDP) bittet darum, dass ein gemeinsamer Antrag zur Grundschule Glösa eingebracht werde.

Die FDP-Fraktion erscheint nunmehr mit als Einreicher beim Änderungsantrag lfd. Nummer 60. Die CDU-Ratsfraktion bleibt alleiniger Einreicher beim Änderungsantrag lfd. Nr. 59.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 59

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(20 Ja-Stimmen, 30 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)

Nr. 60 Änderungsantrag der SPD-Fraktion, Fraktion DIE LINKE, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP-Fraktion (Planung Hochbaumaßnahmen GS Glösa)

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 60

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(53 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)

Nr. 61 Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion (Sanierungsarbeiten an der Turnhalle Euba)

Herr Stadtrat Leistner (CDU-Ratsfraktion) informiert, dass sich der Ortschaftsrat Euba an seine Fraktion gewandt habe den Antrag einzubringen, da die Turnhalle Euba in einem desolaten Zustand sei. Er bittet um Zustimmung.

Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion) erklärt, dass die Turnhalle Euba nicht im Sportstättenbedarfsplan enthalten sei und deswegen keine Zustimmung zum Antrag erfolgen könne.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 61

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(24 Ja-Stimmen, 30 Nein-Stimmen)

Nr. 62 Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion, FDP-Fraktion (Abschlussarbeiten Turnhalle Schönau)

Frau Stadträtin Kempe (CDU-Ratsfraktion) erklärt, dass die Möglichkeit bestehe ein Bauprojekt nach neun Jahren Bauzeit abschließen zu können. Es bestehe dringender Handlungsbedarf.

Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktion DIE LINKE) erklärt, dass seine Fraktion den Antrag ablehnen werde, da eine einzige aus den vielen Brücken herausgreifen würde und dies kontraproduktiv sei. Seine Fraktion gehe davon aus, dass das Tiefbauamt die zusätzlich eingestellten Mittel in Höhe von 100.000 € verantwortungsbewusst nach Priorität einsetze.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 65

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(18 Ja-Stimmen, 31 Nein-Stimmen,
5 Stimmenthaltungen)**

**Nr. 66 Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion, FDP-Fraktion
(Mittel für die Umgestaltung des Marktplatzes - 2015)**

und

**Nr. 67 Änderungsantrag der FDP-Fraktion, Fraktionsgemeinschaft
VOSI/PIRATEN
(Mittel für die Umgestaltung des Marktplatzes - 2016)**

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP) führt aus, dass die Sanierung des Marktplatzes durch das Tiefbauamt in die Finanzplanung in fünf Jahresabschnitten eingestellt sei. Mit dem Änderungsantrag solle die Bauzeit verkürzt werden, um auch zur 850-Jahr-Feier der Stadt Chemnitz im Jahr 2018 der Platz fertig sei.

Herr Stadtrat Gintschel (Fraktion DIE LINKE) sagt, dass sich an die beschlossene Konzeption gehalten werden solle und daher beide Änderungsanträge nicht zustimmungsfähig seien.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 66

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(21 Ja-Stimmen, 31 Nein-Stimmen)**

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 67

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(18 Ja-Stimmen, 30 Nein-Stimmen)**

**Nr. 68 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
SPD-Fraktion und Fraktion DIE LINKE
(Investition ins Radwegenetz zur weiteren Umsetzung des
Radverkehrskonzeptes)**

Herr Stadtrat Herrmann (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) begründet, warum höhere Mittel als im Haushalt vorgesehen, beantragt werden. Gemäß Radverkehrskonzept sind für Leistungen in Summe 600.000 €/Jahr vorgesehen, welche angemessen aufgeteilt auch in die Unterhaltung fließen sollen. Dies sei mit dem vorliegenden Haushalt nicht erfüllt, da lediglich $\frac{1}{4}$ von 540.000 € für Instandsetzungen zur Verfügung stehen sollen. $\frac{3}{4}$ der Mittel werden in den Chemnitztalradweg investiert. Mit dem Änderungsantrag solle wenigstens die ursprünglich vorgesehene Summe von 600.000 € erreicht werden.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 68

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(47 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen,
3 Stimmenthaltungen)**

**Nr. 69 Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion
(Beseitigung Unfallschwerpunkt an der Kreuzung Stollberger
Straße/Neukirchner Straße)**

Frau Stadträtin Patt (CDU-Ratsfraktion) erläutert die Probleme im genannten Kreuzungsbereich und sagt, dass ein Kreisverkehr diese moderat abfedern könne.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 69

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(36 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen,
2 Stimmenthaltungen)**

**Nr. 70 Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion, FDP-Fraktion
(Planung der Abwasseranbindung für die Kuchwaldbühne)**

Herr Stadtrat Burghart (CDU-Ratsfraktion) führt aus, dass sich die Kuchwaldbühne durch bürgerschaftliches Engagement zu einer akzeptierten Kulturstätte in der Stadt entwickelt habe. Nunmehr müsse etwas für die Zukunftsfähigkeit getan werden.

Herr Stadtrat Kallscheidt (SPD-Fraktion) sagt, dass seine Fraktion dem Antrag zustimmen werde. Er fragt, ob die Maßnahme Abwasseranlage durch den ASR/ESC selbst umgesetzt werden könne.

Herr Stadtrat Lehmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erklärt, dass auch seine Fraktion den Antrag unterstütze. Er verstehe nicht, warum der ESC dies nicht selber machen könne und er bittet Herrn Bürgermeister Runkel Herrn Wüpper aufzufordern nach Lösungen zu suchen.

Herr Bürgermeister Runkel erinnert, dass bereits im Betriebsausschuss darüber informiert wurde, dass der ESC dies tun könne, dies aber eine Frage der Finanzierung sei. Auch müsse das gesamte Areal betrachtet werden um ggf. eine Gesamtlösung zu erreichen.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 70

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(53 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)**

Beratung über den Stellenplan

**Nr. 71 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, SPD-Fraktion, Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
(Fachkraft für Gesundheitsfürsorge/Prävention (Amt 53) 1,0 AE)**

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 71

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(34 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen,
3 Stimmenthaltungen)**

**Nr. 72 Änderungsantrag der SPD-Fraktion, Fraktion DIE LINKE, Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
(Beibehaltung des KW-Vermerkes an der Stelle 05 00 000 070)**

Herr Bürgermeister Rochold stellt fest, dass es sich um eine Referentenstelle im Dezernat 5 handle. Er erläutert das umfangreiche Aufgabengebiet des Dezernates und beschreibt die Probleme durch unbesetzte Leiterstellen in verschiedenen Ämtern des Dezernats. Er wisse nicht, wie die Aufgaben bei Wegfall dieser Stelle bewerkstelligt werden sollen.

Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion) erkennt, dass dringendster Handlungsbedarf bei der Besetzung der Stellen bestehe. Bei der beantragten Stelle gehe es jedoch um eine Stelle direkt im Dezernatsbereich und es werde davon ausgegangen, dass der KW-Vermerk beibehalten werden könne.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 72

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(32 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen,
3 Stimmenthaltungen)**

**Nr. 73 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
SPD-Fraktion, Fraktion DIE LINKE
(SB Verkehrsplanung)**

Herr Stadtrat Herrmann (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) erklärt, dass es darum gehe, die Stelle eines Radverkehrsbeauftragten verbindlich im Tiefbauamt zu sichern.

Herr Stadtrat Burghart (CDU-Ratsfraktion) meint, dass es dann noch weitere Beauftragte in anderen Bereichen bedürfen würde. Auch müsse zunächst klar beschrieben werden, was die Aufgaben des Beauftragten sein würden und wie er diese wahrzunehmen habe.

Herr Stadtrat Herrmann (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) weist darauf hin, die Aufgaben klar im beschlossenen Radverkehrskonzept enthalten seien. In diesem sei im Übrigen 1 AE festgeschrieben. Mit dem Antrag solle zunächst wenigstens 0,5 AE realisiert werden.

Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion) ergänzt, dass es nicht um einen Stellenaufwuchs gehe, sondern die Stelle bereits vorhanden sei und lediglich 0,5 Anteil der Stelle als Radverkehrsbeauftragter genutzt werden solle.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 73

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(34 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen,
2 Stimmenthaltungen)

Sonstiges

**Nr. 74 Änderungsantrag SPD-Fraktion, Fraktion DIE LINKE, Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
(Ergänzung des Beschlussvorschlages)**

Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion) erläutert, dass die Verwaltung beauftragt werden solle bis Oktober 2015 die Möglichkeit eines Doppelhaushaltes zu prüfen. Mit Punkt 4 solle beschlossen werden, dass ab dem Haushaltsjahr 2016 eine Übersicht über Investitionsmaßnahmen auszureichen sei.

Herr Stadtrat Fritzsche (CDU-Ratsfraktion) informiert, dass seine Fraktion bereits einen Beschlussantrag zum Doppelhaushalt eingebracht habe, mit dem die Einführung hätte beschlossen werden sollen und dass sich seine Fraktion dem Prüfauftrag nicht verwehren werde.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 74

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(52 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme)

**Nr. 75 Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion, FDP-Fraktion
(Nachtragshaushalt)**

Herr Stadtrat Ulbrich (CDU-Ratsfraktion) begründet den Antrag. So müsse der Stadtrat frühzeitig und direkt über Mittel, die mehr zur Verfügung stehen, informiert werden und über die Verwendung beschließen. Es gehe hierbei auch um Transparenz und um die Hoheit des Stadtrates. Er bittet in diesem Zusammenhang zum wiederholten Male, dass die aktuellen Einwohnerzahlen verwendet werden, da dies viele Bereiche beeinflusse.

Herr Bürgermeister Brehm bestätigt, dass der Stadtrat die Hoheit über die Finanzen habe und die Jahresabschlüsse aufgrund der verspäteten Eröffnungsbilanz später kommen als erforderlich. Er sei optimistisch, dass die nächsten Jahresabschlüsse früher vorgelegt werden können. Er meint, dass heute kein Nachtragshaushalt für 2015 beschlossen werden sollte und könne, da es gesetzliche Vorschriften für den Nachtragshaushalt gebe. Er informiert, dass der Jahresabschluss für das Jahr 2011 im Mai dieses Jahres dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorgelegt werde. Im Sommer werden voraussichtlich die zahlenmäßigen Ergebnisse aus dem Jahr 2012 vorgelegt und im Dezember 2015 beschlossen werden können. So dass die Erkenntnisse in den Haushalt 2016 einfließen können und der Nachtrag nicht benötigt werde.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig ergänzt, dass der Nachtragshaushalt durch die Landesdirektion genehmigt werden müsse und da nicht alle Jahresabschlüsse vorliegen bestehe das Risiko, dass er nicht genehmigt werde. Sie bittet um Verständnis, dass kein Nachtragshaushalt erstellt werden solle auch im Interesse der Mitarbeiter wo die personellen Kapazitäten sehr eingeschränkt seien.

Herr Stadtrat Dr. Langer (Fraktion DIE LINKE) unterstützt die Aussage von Herrn Ulbrich zu den aktuellen Einwohnerzahlen, da diese wichtig seien.

Herr Stadtrat Burghart (CDU-Ratsfraktion) betont, dass dieser Antrag keine Kritik gegen die Mitarbeiter sei, sondern dass über Haushalte beschlossen werde ohne Transparenz über die eigentliche finanzielle Situation. Er kritisiert, dass Auskünfte über die Jahresabschlüsse wieder nur auf Nachfrage erfolgen und nicht konkret erfolgen.

Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 75

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(18 Ja-Stimmen, 29 Nein-Stimmen,
5 Stimmenthaltungen)

Abstimmung über die Einwendung zum Haushaltsplanentwurf

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(17 Ja-Stimmen, 29 Nein-Stimmen,
6 Stimmenthaltungen)

Durch **Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** wird die Haushaltssatzung in ihren aktualisierten Teilen verlesen.

Abstimmung über die Haushaltssatzung

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(51 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen)

Beschluss B-044/2015

1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung der Stadt Chemnitz für das Haushaltsjahr 2015.
2. Die Inanspruchnahme des Stellenplanes sowie der Haushaltsansätze gemäß Anlage 6 steht unter dem Vorbehalt der Beschlussfassung des geänderten SächsKitaG.
3. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, bis Oktober 2015 eine Analyse über mögliche Vor- und Nachteile der Erstellung eines Doppelhaushaltes, beginnend ab dem Haushaltsjahr 2017, vorzulegen. Dabei sind die rechtlichen Grundlagen zu benennen und Erfahrungen anderer Kommunen einzubeziehen.
4. Für das Haushaltsjahr 2015 ist spätestens mit der Freigabe der Änderungslisten zum Haushaltsplanentwurf 2016 eine stichtagsbezogene Übersicht zu allen Investitionsmaßnahmen ab 500.000 € auszureichen.

Diese Übersicht muss mindestens Angaben

- zum geplanten Beginn und Ende der Baumaßnahme,
- zum tatsächlichen Beginn und zum erwarteten Fertigstellungstermin,
- zum aktuellen Bearbeitungsstand (Leistungsphase nach HOAI),
- zur Höhe der für das Haushaltsjahr 2015 ursprünglich veranschlagten und der tatsächlich entstandenen Aufwendungen und
- den ursprünglich geplanten und den voraussichtlich zu erwartenden Gesamtkosten

enthalten.

5. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung auf Grund des nicht Vorliegens der genehmigten Abschlüsse für die Jahr 2011 – 2013 einen Nachtragshaushalt aufzustellen.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(51 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen)**

- 6.6 Wirtschaftsplan 2015 des Eigenbetriebes "Das TIETZ" vom 01.01.2015 -
30.06.2015
Vorlage: B-023/2015 Einreicher: Dezernat 1/Das TIETZ
-

Herr Stadtrat Ulbrich (CDU-Ratsfraktion) sagt, dass im Wirtschaftsplan noch enthalten sei, dass die Bücherei Einsiedel geschlossen werde, mit der Haushaltssatzung jedoch beschlossen wurde, dass diese 2015 bestehen bleibe. Er bittet Herrn Bürgermeister Rochold zu Protokoll zu geben, dass der Wirtschaftsplan nicht zum Tragen komme und die Einrichtung bestehen bleibe.

Herr Bürgermeister Rochold erklärt, dass er den Wirtschaftsplan nicht aufstelle, dass es aber eine logische Konsequenz sei.

Beschluss B-023/2015

Der Stadtrat der Stadt Chemnitz beschließt den Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 01.01. bis 30.06.2015 des Eigenbetriebes „Das TIETZ“ gemäß Anlage 1 in Verbindung mit Anlage 3 der Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(46 Ja-Stimmen, 4 Stimmnthaltungen)**

- 7 Informationsvorlagen
-

- 7.1 Bericht für das Jahr 2014 zur Umsetzung der Radverkehrskonzeption Chemnitz in
Ergänzung zum Vorbericht zur Haushaltssatzung 2015
Vorlage: I-005/2015 Einreicher: Dezernat 6/Amt 66
-

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

- 7.2 Bericht zum Stand der Maßnahmenumsetzung des Städtebaulichen Entwicklungskonzeptes Chemnitz 2020 (SEKo) in Ergänzung zum Vorbericht zur Haushaltsatzung 2015
Vorlage: I-006/2015 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
-

Zur Vorlage wurde eine Änderung der Verwaltung ausgereicht.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

- 7.3 Auswertung der Bürgerbeteiligung zur Freien Kultur / Bürgerhaushalt Chemnitz
Vorlage: I-016/2015 Einreicher: Oberbürgermeisterin/00.1
-

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

8 Beschlussanträge

- 8.1 Ein-Euro-Jobs für Asylbewerber
Vorlage: BA-002/2015 Einreicher: Ratsfraktion PRO CHEMNITZ
-

Herr Stadtrat Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) stellt den Geschäftsordnungsantrag den Beschlussantrag aufgrund der fortgeschrittenen Zeit auf die nächste Sitzung zu vertagen.

Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(4 Ja-Stimmen, 45 Nein-Stimmen)**

Herr Stadtrat Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) bringt den Änderungsantrag ein. Er führt aus, dass die Stellungnahme der Verwaltung nicht den gesetzlichen Bestimmungen entspreche und weist hierzu auf § 5 Abs. 2 Asylbewerberleistungsgesetz hin. Demnach sehe das Gesetz vor, dass Asylbewerber Ein-Euro-fünf-Jobs machen können. Demzufolge sei die Aussage Unsinn, dass Asylbewerber erst ALG II erhalten dürften nach dem der Asylantrag bearbeitet sei.

Beschluss BA-002/2015

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bis zum 01.03.2015 zu prüfen, inwiefern in Chemnitz lebende Asylbewerber in sogenannten Ein-Euro-Jobs eingesetzt werden können.
2. Dafür ist von der Verwaltung eine Bedarfsanalyse zu erstellen, welche den Bedarf an derartigen Arbeitskräften ermittelt.
3. Im Falle, dass ein derartiger Einsatz rechtlich möglich ist, ist dem Stadtrat bis 01.05.2015 eine entsprechende Satzung zum Beschluss vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(2 Ja-Stimmen, 46 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)**

- 8.2 Berichterstattung aus dem Lenkungsausschuss Asyl
Vorlage: BA-007/2015 Einreicher: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
-

Der Beschlussantrag wurde unter TOP 2 vertagt.

- 8.3 Fernbahnnetzanbindung Chemnitz
Vorlage: BA-014/2015 Einreicher: Fraktionen DIE LINKE, SPD,
Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP,
Fraktionsgemeinschaft VOSI/PIRATEN
-

Herr Stadtrat Berger (Fraktion DIE LINKE) informiert, dass die Staatsregierung plane im Haushalt 2015/2016 die ursprünglich geplanten 10.000 € für die weitere ICR-Anbindung zur Stadt Chemnitz auszusetzen und auf den Bundesverkehrsplan zu warten. Mit dem Antrag solle gefordert werden die Mittel wieder einzustellen.

Herr Stadtrat Vieweg (SPD-Fraktion) weist darauf hin, dass das Haushaltsrecht der Sächsische Landtag habe. Er versichert, dass die Landtagsabgeordneten kämpfen werden, dass der Status-Quo für Chemnitz erhalten bleibe.

Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion) ergänzt, dass sich die Sächsischen SPD-Abgeordneten im Bundestag bereits entschieden haben, dass die Strecke Chemnitz-Leipzig zweigleisig elektrifiziert in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommen werde. Der Fraktion gehe nun an die Fraktion DIE LINKE und CDU-Ratsfraktion ihre Abgeordneten entsprechend zu sensibilisieren.

Herr Gregorzyk (Amtsleiter Amt 66) schätzt ein, dass es in Deutschland so viel Nachholebedarf gebe, dass aus Sicht der Bahn die Strecke Chemnitz-Leipzig in die Prioritätenliste der Bahn zu kommen unrealistisch sei. Deswegen sei der realistischere Weg, dass das Land gemeinsam mit der Bahn eine Lösung finde, die Planungsmittel so einzusetzen, dass kurzfristig eine Planungsunterlage erstellt werden könne.

Frau Stadträtin Saborowski-Richter (CDU-Ratsfraktion) fragt welche Sicherheit die Planung gebe, dass Chemnitz auf die entsprechende Liste aufgenommen werde.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig erklärt, dass es dafür keine Sicherheit gebe. Sie macht Ausführungen zur Historie der bisherigen Bemühungen.

Herr Stadtrat Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) sagt, dass scheinbar nicht genügend Nachfrage bestehe und ihm die bestehende Verbindung ausreiche.

Beschluss BA-014/2015

1. Der Stadtrat fordert die sächsische Staatsregierung auf, alle notwendigen Schritte für die Aufnahme des Ausbaus der Strecke Chemnitz-Leipzig in den Bundesverkehrswegeplan einzuleiten.

2. Der Stadtrat erwartet, dass im Doppelhaushalt 2015/16 die bisher vorgesehenen Mittel in Höhe von 10 Millionen Euro für die Entwurfsplanung (als sächsische Vorleistung) wieder aufgenommen werden.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(50 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme)**

9 Anfragen der Stadträtinnen und Stadträte

Herr Stadtrat Hopperdietzel (Fraktion DIE LINKE) fragt, warum er auf seine Ratsanfrage vom 30.01.2015 noch keine Antwort erhalten habe. Es gehe dabei um die Förderung Freier Träger der Jugendhilfe. Er fragt, wann er mit der Antwort rechnen könne und warum das Jugendamt den entsprechenden Antrag auf Festbetragsfinanzierung konsequent ablehne.

10 Bestimmung von zwei Stadtratsmitgliedern zur Unterzeichnung der Niederschrift der Sitzung des Stadtrates - öffentlich -

Zur Unterzeichnung der Niederschrift werden Frau Stadträtin Pritscha (Fraktion DIE LINKE) und Frau Stadträtin Roden (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) bestätigt.

06.03.2015 *Barbara Ludwig*
Datum Barbara Ludwig
Vorsitzende
des Stadtrates

10.03.2015 *Pritscha*
Datum Katrin Pritscha
Mitglied
des Stadtrates

09.03.2015 *M. Roden*
Datum Meike Roden
Mitglied
des Stadtrates

06.03.2015. *Seidel*
Datum Ramona Seidel
Schriftführerin